

DEMOKRATIE WERKSTATT



Jugendparlament

Mitmachen • Mitbestimmen • Mitgestalten! Sonderausgabe

Freitag, 28. November 2014

ZUKUNFTSIDEEN AUS



ÖSTERREICHS SÜDEN

Am 27.11.2014 und 28.11.2014 hatten fünf Kärntner Schulen, welche sich für das „Jugendparlament“ qualifiziert hatten, die Chance, zwei Tage Einblick in das Parlament zu erhalten und wie ein Gesetz entsteht. Begleitet wurden sie dabei von ExpertInnen, darunter auch von Abgeordneten, die sie beim Gesetzesbeschluss unterstützten und ihnen halfen, wo immer es nötig war. Sie diskutierten und berieten sich in vier verschiedenen Klubs über eine Gesetzesvorlage zum Thema Cyber-Mobbing. Das Jugendparlament soll den Schülerinnen und Schülern ermöglichen, selbst zu erfahren, was genau im Parlament vor sich geht und ihnen dabei helfen, den Weg eines Gesetzes zu verstehen.

Felix, Lea



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

BEWERBUNG FÜR DAS JUGENDPARLAMENT

Auch in diesem Halbjahr fand wieder das Jugendparlament statt. Es durften sich Schüler und Schülerinnen aus ganz Kärnten bewerben. Dazu mussten die SchülerInnen ein kreatives Projekt einsenden. Das Europagymnasium zum Beispiel drehte einen Film über seine Meinung zur Demokratie. Die SchülerInnen entwarfen einen Stuhl, der symbolisiert wie Demokratie zurzeit funktioniert. Sie versuchten im Film auch, Verbesserungsvorschläge zu inkludieren. Die PTS Villach präsentierte ihr Projekt in Form eines Briefes, in dem sie sich in die Zeit des Natio-

nalsozialismus zurück versetzte und Demokratie mit Nationalsozialismus verglich. Die SchülerInnen nutzten nicht nur Unterrichtsstunden, sondern auch ihre Freizeit, um die Projekte fertig zu stellen. Letztendlich wurden Klassen von fünf verschiedenen Schulen ausgewählt. Zu den ausgewählten Schulen gehören: das Perau-Gymnasium, die HLW Spittal, das BG/BRG für Slowenen, die PTS Villach und das Europagymnasium Klagenfurt.

Johanna



TAG 1: BEGRÜSSUNG IM BUNDES RAT

Am Donnerstag, dem 27. November 2014 wurden die ausgewählten Schulen zum Jugendparlament eingeladen, um mehr über die Politik zu erfahren. Es wurden fünf Klassen ausgewählt: Das slowenische Gymnasium aus Klagenfurt und das Perau-Gymnasium aus Villach, das Europagymnasium Klagenfurt, die Polytechnische Schule Villach und die HLW Spittal. Begrüßt wurden die SchülerInnen von Bundesratspräsidentin Ana Blatnik im Sitzungssaal des Bundesrates. Danach erhielten sie eine Führung durch das Parlamentsgebäude und besprachen den Ablauf des kommenden Tages. Es hat den SchülerInnen sehr gefallen und war ein außergewöhnliches Gefühl, weil man ja nicht jeden Tag im Parlament ist.

Tony und Blagoj



BEGRÜSSUNG IM NATIONALRAT

Die Begrüßung am nächsten Tag fand im Nationalrats-sitzungs-saal statt. Es wurden alle TeilnehmerInnen des Jugendparlaments von Nationalratspräsidentin Dores Bures begrüßt. Die Moderatorin Karoline Iber erklärte den Tagesablauf und erzählte zum Thema „Sicherheit im Internet“, welche Gefahren es gibt, und wie man mehr Sicherheit erreichen kann. Anschließend wurden die SchülerInnen

in Gruppen eingeteilt. Dann wurden auch echte Abgeordnete zu den Klubs zugelost. Zum Klub Weiß kam Hermann Lipitsch (SPÖ), zu Türkis Julian Schmid (Grüne), zu Gelb Asdin El Habbassi (ÖVP) und zu Violett Philipp Schrangl (FPÖ). Pressebetreuer wurde Robert Lugar (Team Stronach) und Koalitionsbetreuer Christoph Vavrik (Neos).

Blagoj, Niklas und Tony



AUS DER PARLAMENTSKORRESPONDENZ

Interview der Bundesratspräsidentin mit den JungredakteurInnen des Jugendparlaments.

Blatnik: Politisches Mitgestalten heißt Zukunft bestimmen

Bundesratspräsidentin Ana Blatnik sieht Jugendparlament als wichtigen Teil politischer Bildung

Wien (PK) - Die Jungredakteurinnen des Jugendparlaments, Michelle Struckl und Hannah Christof, erfuhren von Bundesratspräsidentin Ana Blatnik bei einem Hintergrundgespräch, worin ihr Verständnis von Politik besteht und warum junge Leute sich politisch engagieren sollten. "Ihr seid die Demokratie, indem ihr eure Wünsche, Anregungen, Sorgen und Ängste in den Gesetzgebungsprozess einfließen lässt", betonte Blatnik. Politik bedeute für sie die Möglichkeit mitzugestalten, anstatt außerhalb zu stehen und sich von anderen diktieren zu lassen. "Kommt in die Politik, denn es ist eure Zukunft", so ihr Appell.

In diesem Zusammenhang sei das Jugendparlament außerordentlich wichtig, unterstrich die Bundesratspräsidentin, denn hier würden Jugendliche authentisch erleben, was im Parlament geschieht. Die Initiative biete eine Motivation für junge Menschen, mitzumachen, die eigene Meinung zu sagen und Kompromisse zu finden. Kärntner SchülerInnen sind diesmal zum Jugendparlament eingeladen worden, weil im zweiten Halbjahr 2014 Kärnten den Vorsitz im Bundesrat innehat. Generell bilde der Kontakt mit der Jugend die Basis zur Zukunftsgestaltung, ist Blatnik überzeugt. Großes Gewicht misst sie, im Zivilberuf Lehrerin, hier der Bildungsarbeit bei: "Bildung bedeutet auch Herzensbildung", nicht nur inhaltlich, sondern auch in ihrem demokratischen Werteverständnis müssten Schülerinnen und Schüler auf die Zukunft vorbereitet werden. Die Fähigkeit, gemeinsam Dinge zu verwirklichen, sei für PolitikerInnen enorm wichtig, schloss Präsidentin Blatnik in Bezugnahme auf das parlamentarische Geschehen. (Schluss)



AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zum Auftakt des Jugendparlaments.

Doris Bures: Engagierte Jugendliche als HoffnungsträgerInnen der Demokratie

Nationalratspräsidentin heißt JP-MandatarInnen aus Kärnten im Parlament willkommen

Wien (PK) – Als Auftakt des Jugendparlaments 11/14 trafen die TeilnehmerInnen bei einem Fotoshooting heute früh auf Nationalratspräsidentin Doris Bures und Bundesratspräsidentin Ana Blatnik. Bei der offiziellen Eröffnung des Parlamentstages wünschte die Präsidentin des Nationalrats den SchülerInnen viel Erfolg, Freude und spannende Erfahrungen bei der Arbeit als ParlamentarerInnen. "Nutzt die Gelegenheit, eure Meinung zu sagen und mitzubestimmen", appellierte die Präsidentin an die SchülerInnen und verlieh ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die jungen Menschen die Motivation, in der Demokratie mitzugestalten, auch im zukünftigen Leben behalten.

Die Jugendlichen, die hinter die Kulissen des Hohen Hauses blicken, kommen aus Klagenfurt (5C, Europagymnasium und 5B, Bundesgymnasium (BG)/Bundesrealgymnasium (BRG) für Slowenen), aus Spittal an der Drau (1B, Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe (HLW)) und aus Villach (5D, BG/BRG Perausstraße). Voll Elan machten sich die SchülerInnen nach der Begrüßung durch die Nationalratspräsidentin auf zur ersten Station ihres Parlamentstages, der Klubbildung. In Fraktions- und Ausschusssitzungen werden sie danach über einen fiktiven Gesetzesvorschlag beraten und bei der abschließenden Plenarsitzung eine Einigung zu finden versuchen. (Schluss)





DIE TEILNEHMENDEN KLASSEN



Freitag, 28. November 2014



EINDRÜCKE VON DER KLUBARBEIT

Im Lokal II tagt der Klub mit der Farbe Weiß. Die SchülerInnen haben den Gesetzestext durchgelesen und über ihre verschiedenen Meinungen dazu diskutiert. Weiters haben sie sich Fragen überlegt, welche sie den ExpertInnen stellen werden. Der Abgeordnete Hermann Lipitsch unterstützt diesen Klub.

Im Lokal III des Klubs Türkis haben die SchülerInnen über die Auswirkungen von Cyber-Mobbing gesprochen und sehr viel darüber diskutiert. In diesem Klub sitzt der Abgeordnete Julian Schmid.

Carmen, Julia





DIE ERSTE AUSSCHUSSSITZUNG

Nach der Begrüßung durch Ausschussobmann Martin Peyerl im Ausschusslokal begann die erste Sitzung der jungen Abgeordneten. Zu Beginn stellten die einzelnen Klubs ihre Gesetzesvorschläge vor.

Der Klubsprecher des Klubs Türkis, Marjanovic Marko, vertrat die Meinung, dass man härtere Strafmaßnahmen gegen Cyber-Mobbing einführen sollte.

Theresa Zdouc, Sprecherin des Klubs Gelb, forderte die Polizei auf, sich besser auf Cyber-Mobbing vorzubereiten. Anna Sterz aus dem Klub Weiß vertrat dieselbe Meinung wie Klub Türkis.

Die Klubsprecherin der Violetten, Alina Feistritzer, hingegen forderte Schutz für Mobbingopfer und gesetzliche Strafen für solche Vergehen.

Felix, Lea



IMPRESSUM

**Eigentümer, Herausgeber, Verleger,
Hersteller: Parlamentsdirektion**
**Grundlegende Blattrichtung:
Erziehung zum
Demokratiebewusstsein.
Jugendparlament**
**Copyright für Seite 6/7,
Klassenfotos: Parlamentsdirektion/
Bildagentur Zolles/Mike Ranz**
**Für alle anderen: Parlamentsdirektion/
Demokratiewerkstatt**



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

K5, PTS Villach, Rudolf-Kattnigg-Str. 4,
9500 Villach
1BHW, HLW Spittal, Zernottastr. 2,
9800 Spittal/Drau
5C, Europagymnasium Klagenfurt,
Völkermarkter Ring 27, 9020 Klagenfurt
5D, BG/BRG Villach, Peraustr. 10,
9500 Villach
5B, BG/BRG für Slowenen/ ZG/ZRG za Slovence,
Prof. Janezic-Platz 1, 9020 Klagenfurt

AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zur ersten Ausschusssitzung des Jugendparlaments.

Schutz vor Cyber-Mobbing: Gesetzgebung gefordert

Verantwortung im Internet: Jugendparlament-Ausschuss diskutiert strafrechtliches Vorgehen gegen Belästigung im World Wide Web

Wien (PK) – Wie kann der Staat die BürgerInnen vor Cyber-Mobbing bestmöglich schützen? Diese Frage stand im Zentrum der ersten Ausschusssitzung des heutigen Jugendparlaments zum Thema „Verantwortung im Internet“. Konsens bestand unter allen Fraktionen, die Gesetzgebung müsse mehr zum Schutz von Mobbingopfern tun.

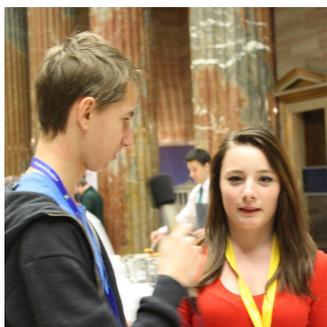
Diskussionsgrundlage bot eine Regierungsvorlage, in der systematisches Beleidigen, Bedrohen oder Belästigen von Personen im Internet als eigener Tatbestand im Strafgesetzbuch vorgesehen ist. Derzeit muss für die strafrechtliche Verfolgung von Cyber-Mobbing ein anderer Straftatbestand wie etwa Stalking oder Kredit-schädigung herangezogen werden.

Die Bundesregierung will hier mit dem „Cyber-Mobbing-Gesetz“ Abhilfe schaffen und beruft sich dabei auf die UN-Kinderrechtskonvention. Demnach sind Minderjährige vor jeder Form der Diskriminierung oder des Missbrauchs durch Erwachsene bzw. Personen in Machtpositionen zu schützen. Besonders im Internet hätten auch Jugendliche große Einflussmöglichkeiten, heißt es im Gesetzesentwurf. Deswegen müssten schon Personen ab 14 Jahren bestraft werden, wenn sie beispielsweise über Facebook oder WhatsApp Mitmenschen belästigen, diskriminieren oder verleumden. Vorgeschlagen wird eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder eine Geldstrafe von maximal 5.000 €. Bis zu sieben Jahre Haftstrafe droht die Regierung an, falls Mobbing im Internet den Selbstmord oder einen Suizidversuch des Opfers zur Folge hat.

Grundsätzlich befürworteten alle Ausschussmitglieder die Initiative für das Cyber-Mobbing-Gesetz, allerdings gab es bei einigen Punkten im Gesetzesentwurf noch Änderungsvorschläge. Großen Diskussionsbedarf sehen alle Klubs hinsichtlich der Strafmaßnahmen.

Für Türkis, sind die vorgeschlagenen Strafen zu milde, besonders beim Selbstmord eines Mobbingopfers seien sieben Jahre Freiheitsstrafe bzw. maximal 5000 € Geldstrafe schlicht zu wenig. Die Weiße Fraktion kam darauf zu sprechen, dass Mobbing nicht zeitlich zu definieren sei, vielmehr sollten die Auswirkungen auf das Opfer beachtet werden, um zwischen schweren und leichten Übergriffen zu unterscheiden. Besseren Schutz für die Opfer forderte generell Violet, für präzise Verbesserungen an der Regierungsvorlage wollen sie noch vermehrt Expertenmeinungen einholen.

Konkrete Änderungsideen brachte bereits Gelb, in die Debatte ein. Die TäterInnen würden neben einer Haftstrafe auch Therapien benötigen, damit sie zum Nachdenken über ihre Tat angeregt werden. (Schluss)



INTERVIEW MIT DEM KLUB TÜRKIS

Nach der Ausschusssitzung gab uns Douglas Orsini-Rosenberg aus dem türkisen Klub ein Interview über die Vorab-Stellungnahme seines Klubs.

Er erklärte: Sein Klub meine, dass ein Gesetz für Cyber-Mobbing unbedingt nötig ist sowie, dass das bisherige einer großen Überarbeitung bedarf. Wichtig wären zum Beispiel genauere Definierungen der Strafmaßnahmen. Es müsse geklärt werden, wie der Täter oder die Täterin genau bestraft werden sollte.

Außerdem müsse das Gesetz auch für Kinder unter 14 Jahren gelten, da auch sie schon einiges anrichten könnten. PsychologInnen sollten für Opfer und TäterInnen bereitgestellt werden, um herauszufinden, was Täter dazu veranlasst, ihre Opfer zu mobben. Weitergehend hatten sie noch keine genaueren Vorstellungen.

Dominik, Andreas

DIE ZWEITE AUSSCHUSSSITZUNG

Im Ausschuss haben die Vorsitzenden der verschiedenen Klubs ihre Gesetzesanträge vorgestellt. Die Türkisen und Weißen vertraten die gleiche Meinung: Änderungen soll es bei Verletzung oder anderweitiger Zufügung von Schmerzen geben. Hier müsste die Haftstrafe auf bis zu 9 Jahren erhöht werden. Beim ersten Gesetzesverstoß im Alter von 14 bis 18 Jahren wollen sie höchstens Strafen bis zu 250 Sozialstunden verhängen.

Die Gelben und die Violetten haben sich auch zusammengeschlossen. Sie forderten, dass generell

nicht nur Mobbing im Internet bestraft wird. Darüber hinaus müssten die Täter auch bis zu 360 Tagesstrafen verurteilt werden können. Dieser Strafrahmen soll ebenfalls auch schon für Jugendliche gelten. Bei der Abstimmung wurde die Gesetzesänderung der Türkis-Weißen mehrheitlich angenommen. Der Gesetzesantrag der Gelb-Violetten blieb in der Minderheit.

Einstimmig wurde beschlossen, dass Abgeordnete Plank im Nationalrat über das Ergebnis des Ausschusses berichten soll.

Julia



AUSSCHUSSBERICHT

6 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Jugendparlaments XXV. GP

Bericht

des Ausschusses des Jugendparlaments

über die Gesetzesvorlage (5 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch geändert wird (Cyber-Mobbing-Gesetz)

„Mobbing“ bezeichnet das systematische Beleidigen, Bedrohen, Belästigen, Bloßstellen, Fertigmachen oder absichtliche Ausgrenzen einer Person. Durch die große Verbreitung von Internet und Handy findet es zusätzlich im „virtuellen Raum“ statt. Hier will die Bundesregierung mit einer Reform des Strafrechts neue Handlungsmöglichkeiten schaffen.

Der Ausschuss des Jugendparlaments hat die gegenständliche Gesetzesvorlage in seiner Sitzung am 28. November 2014 in Verhandlung genommen. Im ersten Teil der Ausschusssitzung haben die Klubs ihre Positionen zum Gesetzentwurf dargelegt. Grundsätzlich befürworteten alle die Reform. **Türkis** regte an, über strengere Strafen nachzudenken. **Gelb** wies auf die Bedeutung weiterer Maßnahmen, etwa die spezielle Ausbildung von PolizistInnen oder Therapien für TäterInnen hin. **Weiß** berichtete von Gesprächen mit Experten und betonte, dass die Verwirklichung des Tatbestands nicht davon abhängig gemacht werden dürfe, dass die Tat über einen längeren Zeitraum erfolgt. An dieser Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Marko **Marjanovic**, Adem **Oman**, Theresa **Zdouc**, Alina **Feistritzer** und Anna **Sterz**. Im zweiten Teil der Ausschusssitzung haben die Abgeordneten Douglas **Orsini-Rosenberg** (Türkis) und Tristan **Malle** (Weiß) einen Abänderungsantrag eingebracht, mit dem der Tatbestand genauer gefasst und um Beispiele ergänzt wurde. Weiters wurde vorgeschlagen, die erstmalige Tat durch einen Jugendlichen nicht zu bestrafen. Stattdessen soll Sozialarbeit bis zu 250 Stunden geleistet werden. Schließlich wurde vorgeschlagen, das Strafmaß für den Fall, dass eine Tat den Selbstmord, Selbstmordversuch oder die Selbstverletzung zur Folge hat, auf neun Jahre zu erhöhen. Die Abgeordneten Theresa **Zdouc** (Gelb) und Alina **Feistritzer** (Violett) haben einen weiteren Abänderungsantrag eingebracht mit dem ein allgemeiner Mobbing-Tatbestand eingeführt und die Strafen angepasst werden sollten. In der Debatte über beide Anträge haben sich die Abgeordneten Tristan **Malle**, Douglas **Orsini-Rosenberg**, Anna **Sterz**, Alina **Feistritzer**, Patrick **Beclin**, Janine **Plank** und Adem **Oman** zu Wort gemeldet.

Bei der Abstimmung wurde der in der Gesetzesvorlage enthaltene Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des oben genannten Abänderungsantrages der Abgeordneten Douglas **Orsini-Rosenberg** (Türkis) und Tristan **Malle** (Weiß) mit Stimmenmehrheit (**dafür:** W, T, **dagegen:** G, V) beschlossen.

Zur Berichterstatterin für den Nationalrat wurde Abgeordnete Janine **Plank** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss des Jugendparlaments somit den Antrag, das Jugendparlament wolle dem **angeschlossenen Gesetzentwurf** die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2014 11 28

Janine Plank
Berichterstatterin

Mag.^a Julia Dörfel
Stv. Obfrau

DIE EXPERTEN UND EXPERTINNEN IM INTERVIEW

Heute hat unser Reporter drei ExpertInnen zum Thema dieses Jugendparlaments nach ihren Aufgaben und Meinungen befragt. Barbara Buchegger, Farsam Salimi und Michaela Wein standen ihm Frage und Antwort.

Auf die erste Frage, worum es sich am heutigen Tag im Jugendparlament handelt, antwortete Barbara Buchegger, pädagogische Leiterin der Website „saferinternet.at“, dass es um Cyber-Mobbing geht. Eine ihrer Überlegungen sei, dass ein Gesetzesvorschlag zu diesem Thema sinnvoll wäre. Farsam Salimi von der Universität Wien findet, dass die Strafbestimmung von Mobbing mit gerichtlichem Beschluss oder mit Geldstrafen verurteilt werden sollte. Michaela Wein ist an der Universität Wien für die Online-Kommunikation zuständig. Im Jugend-

parlament hilft sie den einzelnen Klubs mit Informationen über Gefahren und Tücken des Internets.

Constantin, Felix und Lea



UNSERE UNTERSTÜTZER - DIE ABGEORDNETEN



Hermann Lipitsch (SPÖ)



Asdin El Habbassi, BA (ÖVP)



Mag. Philipp Schrangl (FPÖ)



Julian Schmid, BA (Grüne)



Ing. Robert Lugar (Team Stronach)



Mag. Christoph Vavrik (Neos)

PRESSEKONFERENZ

Ein weiterer Höhepunkt war die Pressekonferenz zwischen den Fraktionen Gelb, Türkis, Violett und Weiß.

Die Meinung der Violetten Fraktion wurde von deren Pressesprecherin Frau Nina Oberlerchner vertreten. Sie fordert für Mobbing eine Geldstrafe von 5.000 Euro oder eine Freiheitsstrafe von mindestens 10 Jahren. Die Geldstrafe soll allerdings vom Einkommen des Täters oder der Täterin abhängen. Der Punkt, ob alle TäterInnen unter 18 Jahren So-

zialstunden leisten müssen, ist aber noch fraglich. Laut der Pressesprecherin der Gelben, Fatma Uguz, verfolgt ihre Fraktion ähnliche Interessen wie die Violetten, wollen aber psychische Hilfe für die TäterInnen beantragen.

Die Türkise Fraktion hingegen ist für eine Freiheitsstrafe von neun Jahren, will aber wenn möglich nur Sozialstunden. Die Weiße Fraktion teilte die Meinung der Türkisen, daher werden sich die zwei Klubs um eine Koalition bemühen.





AUS DER PARLAMENTS KORRESPONDENZ

Bericht der Parlamentskorrespondenz zum Plenum des Jugendparlaments.

Jugendparlament macht Cyber-Mobbing zum Straftatbestand

Staat soll besser vor Belästigung im Internet schützen

Wien (PK) – Ein Cyber-Mobbing-Gesetz, das strafrechtlichen Schutz vor Online-Belästigung bieten soll, wurde heute vom Jugendparlament in der Plenarsitzung, die Zweiter Nationalratspräsidenten Karlheinz Kopf leitete, mehrheitlich beschlossen. Die Fraktionen Türkis und Weiß erteilten in der Plenarsitzung der Strafgesetzbuch-Novelle zur Ahndung von Mobbing im Internet ihre Zustimmung, nachdem sie bei der Ausschusssitzung Adaptierungen in der Regierungsvorlage, speziell hinsichtlich der Strafbemessung, vorgenommen hatten. Konkret wurde der Strafrahmen bei einem Selbstmord des Opfers auf neun Jahre Gefängnis erhöht, dafür ist bei minderjährigen ErsttäterInnen anstatt einer Freiheits- bzw. Geldstrafe nun Sozialarbeit vorgesehen. Zur Prävention von Cyber-Mobbing und für eine verbesserte Opferbetreuung brachten die JungparlamentarierInnen bei der Plenardebatte mehrere Entschließungsanträge ein, von denen der Großteil Zustimmung bei der Mehrheit des Jugendparlaments fand.

Obwohl Violett und Gelb das Vorgehen gegen Verleumdung, Beleidigung und Diskriminierung auf Online-Kanälen grundsätzlich befürworteten, stimmten sie dem Gesetz nicht zu, da sie sich an einzelnen Bestimmungen stießen.

Mobbing: Wo beginnt der Schutz?

So beanstandete Maren MICHL von der Gelben Fraktion, im Gesetzestext bleibe unbeachtet, dass Mobbing in jeder Form zu bestrafen sei – egal, ob es verbal in der Schule oder während der Freizeit im Internet stattfindet. Janina GUGGANIG und Anna GLANZNIG von Violett kritisierten die im Gesetz angedrohte Geldstrafe von bis zu 5000 €, da sie befürchten, Vermögende könnten sich dadurch "freikaufen". Glanznig erinnerte in diesem Zusammenhang an den vom Ausschuss abgelehnten Gelb-Violett-Abänderungsantrag. Darin war eine individuell festzulegende Geldstrafe von bis zu 360 Tagessätze vorgeschlagen, wie Gugganig ausführte. Für Gelb-Abgeordnete Rebecca WEICSEK ist entscheidend, zum Schutz vor Cyber-Mobbing auch den TäterInnen Hilfe zukommen zu lassen und sie darin zu unterstützen, Reue zu zeigen.

Dazu meinte Weiß-Mandatar Raphael LOITZL, das Gesetz gebe jenen, die sich des Mobbings schuldig machen, durchaus Möglichkeiten, sich zu bessern; immerhin werde mit dem Gesetz minderjährigen TäterInnen nicht mehr gleich eine Freiheitsstrafe angedroht, wies er auf die bis zu 250 Sozialstunden hin, die Jugendliche zu absolvieren haben, wenn sie erstmals eine andere Person durch Cyber-Mobbing schwer beeinträchtigen. Türkis-Mandatarin Elisabeth KLAUS betonte, das Thema "Verantwortung im Internet" sei hochaktuell, daher sei es zu begrüßen, dass ihre Fraktion gemeinsam mit Weiß sich auf einen Gesetzestext dazu geeinigt haben. Generell, resümierte Klaus, stelle es eine "diplomatische Meisterleistung" dar, viele unterschiedliche Meinungen zu einer parlamentarischen Einigung zusammenzuführen.

Gesetzliche Basis für Vorgehen gegen Cyber-Mobbing

Im zweiten Teil der Plenardebatte gingen die Fraktionen des Jugendparlaments näher auf die Bearbeitungsschritte des Gesetzesentwurfs ein, wobei Weiß und Türkis sich zufrieden mit dem Ergebnis zeigten, während Gelb und Violett noch viel Verbesserungsbedarf sahen.

Fortsetzung

Gelb-Abgeordnete Theresa ZDOUC vermisste eine genaue Definition der Sozialdienste, die jugendlichen TäterInnen nach erstmaligem Cyber-Mobbing auferlegt werden können. In ihren Augen wäre es etwa sinnvoll, Arbeit mit Kindern aus schwierigen Verhältnissen hier gesetzlich vorzusehen, da oftmals auch die TäterInnen einen derartigen Hintergrund hätten. Tristan MALLE von Weiß hob dagegen den Nutzen von Sozialarbeit hervor: jugendlichen StraftäterInnen werde dadurch nicht die Zukunft verbaut, wie es bei einer Haft der Fall wäre, meinte er.

Für Violett erläuterte Alina FEISTRITZER, warum das Gesetz ihrer Meinung nach abzulehnen sei. Dass Personen zu bestrafen sind, die "längere Zeit hindurch" über elektronische Kommunikationsmittel die Würde anderer verletzen, wie es im Gesetzestext heißt, stellt in ihren Augen eine irreführende Begründung dar, denn einmalige Mobbingvorfälle könnten ebenfalls schwere Folgen haben. Dagegen brachte Marko MARJANOVIC (Türkis) vor, man habe nicht nur die Länge sondern auch die Schwere des Mobbings bei der Beschreibung des Tatbestands beachtet, wie aus der Formulierung "oder in sonst erheblicher Weise" hervorgehe. Adem OMAN (Türkis) ergänzte, genauso sei die Art der Beeinträchtigung näher definiert. Konkret definiert das Gesetz eine unzumutbare Beeinträchtigung, wenn das Mobbingopfer nicht mehr in der Lage ist, die Schule oder den Arbeitsplatz aufzusuchen bzw. elektronische Kommunikationsmittel meidet.

Neben den Opfern müssten allerdings auch die TäterInnen psychologische Betreuung erfahren, mahnte Janine PLANK von Gelb. Positiv bewertete sie, dass schuldigen Jugendlichen anstatt einer Haft oder Geldstrafe ein Sozialdienst bei Mobbingübergriffen droht. Teenager seien sich ihrer Taten oft zunächst nicht völlig bewusst, bekräftigte Patrick BECLIN (Türkis), deswegen sei ihnen eine zweite Chance zuzugestehen. Tursem CIMAGIL (Violett) verdeutlichte in ihrem Redebeitrag indes, die Opfer würden viel eher Hilfe und Therapie benötigen als die TäterInnen. Weiß-Mandatarin Sara GUNJEVIC unterstrich wiederum, ihr Klub stehe voll und ganz hinter der Gesetzesvorlage in der abgeänderten Form und Douglas ORSINI-ROSENBERG (Türkis) nannte dazu die auf maximal neun Jahre erhöhte Freiheitsstrafe, die nicht nur bei Selbstmord oder versuchtem Suizid des Opfers, sondern auch bei sonstigen Selbstverletzungen verhängt werden kann.

Die Violett-Abgeordneten Viktoria LINDNER und Gert OFNER brachten indes ihr Missfallen über einige Aspekte des Entwurfs zum Ausdruck. Konkret bemängelte Lindner, dass Mobbing nicht allgemein als Straftatbestand gewertet wird, egal ob im Netz oder offline. Ofner bezog sich auf die Strafbemessung und meinte, sieben Jahre Haft wären genug gewesen, überdies sollte die Geldstrafe an die Höhe des Einkommens der verurteilten Person gekoppelt werden.

Verantwortung im Internet nicht nur per Gesetz zu regeln

Mit insgesamt sechs Entschließungsanträgen forderten die MandatarInnen die Regierung auf, zusätzliche Maßnahmen im Vorgehen gegen Cyber-Mobbing zu treffen. Prävention und Hilfestellung waren die Kernpunkte der Forderungen, von denen vier mehrheitlich angenommen wurden.

Zustimmung fand etwa der Gelb-Antrag, schon Volksschulkinder über die Gefahren des Internets und Cybermobbing aufzuklären, um – wie Jenny EGGER ausführte – rechtzeitig darüber zu informieren. Ebenfalls beschlossen wurde die Forderung von Weiß, eine Cyber-Mobbing Beratungsstelle in jeder Bezirkshauptmannschaft einzurichten. Damit würde raschere Hilfe für Betroffene ermöglicht, als das jetzt der Fall sei, erläuterte Peter WEDENIK (Weiß). Christina LAUBREITER (Violett) erreichte ebenfalls eine Mehrheit für den Antrag ihrer Fraktion, ab der dritten Volksschulklasse jedes Schuljahr einen Internet-Workshop durchzuführen sowie eine eigene Organisation zur Therapie von Mobbingopfern einzurichten.

Fortsetzung

Die altersgerechte Information von SchülerInnen über Cyber-Mobbing inklusive relevanter Aspekte des Datenschutzes stand auch im Zentrum eines Türkis-Antrags, den Vanessa STRUCKL vorstellte und der auch von der Plenumsmehrheit mitgetragen wurde. Kinder und Jugendliche sollten sich so möglicher Konsequenzen ihres Handelns bewusst werden, wie sie sagte. Außerdem sieht der Antrag schulpsychologische Stellen für die Opfer vor.

In der Minderheit blieben dagegen das Anliegen von Gelb, in jeder Polizeistation einen Beamten oder eine Beamtin mit Spezialausbildung für Cyber-Mobbing zu haben, und ein Weiß-Antrag, der einmal mehr auf Internet-Workshops ab der 4. Klasse Volksschule abzielt. Laura TSCHLATSCHER (Gelb) erklärte den Antrag ihrer Fraktion mit der Notwendigkeit, PolizistInnen die Kompetenz eines ernsthaften Umgangs mit Mobbingopfern zu geben. Für Weiß war die Forderung nach Workshops schon für 9- bis 10-Jährige wichtig, da viele TäterInnen kurz später – ab 12 Jahren – mit dem Mobbing beginnen würden, erläuterte Anna STERZ.

Türkis-Abgeordneter Oliver HOLMES zog nach, Präventionsarbeit sei überaus wichtig, denn das Gesetz greife erst nach erfolgter Tat. Sophie STEINER (Weiß) sieht wiederum im Cyber-Mobbing Gesetz selbst einen wichtigen Schutz für Kinder und Jugendliche, wobei die Bestimmungen an die gesellschaftliche Entwicklung angepasst seien. Einen weiteren Aspekt von Cyber-Mobbing riss Gloria KRAPPINGER (Türkis) an: nicht zuletzt die Angehörigen von in den Selbstmord getriebenen Mobbingopfern würden psychologische Betreuung benötigen. (Schluss)



DER NEUE GESETZESTEXT

6 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Jugendparlaments XXV. GP

Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch geändert wird (Cyber-Mobbing-Gesetz)

Das Jugendparlament hat beschlossen:

Änderung des Strafgesetzbuches

Das Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 134/2013 wird wie folgt geändert:

Nach § 106 wird ein neuer § 106a eingefügt:

„**§ 106a.** (1) Wer eine Person in ihrer Lebensführung unzumutbar beeinträchtigt, indem er längere Zeit hindurch **oder in sonst erheblicher Weise** über elektronische Kommunikationsmittel ihre Würde oder ihre Privatsphäre verletzt, ist mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit einer Geldstrafe von bis zu 5.000 Euro zu bestrafen. **Eine unzumutbare Beeinträchtigung besteht insbesondere dann, wenn eine Person nicht mehr in der Lage ist, ihren Schul- oder Arbeitsplatz aufzusuchen oder elektronische Kommunikationsmittel zu verwenden.**

(2) Wird die Tat gemäß Abs. 1 von einem Jugendlichen erstmals begangen, so hat dieser Sozialarbeit im Ausmaß bis zu 250 Stunden zu leisten. Von einer Strafe ist in diesem Fall abzusehen.

(3) Hat die Tat gemäß Abs. 1 den Selbstmord oder den Versuch des Selbstmordes der verletzten Person oder **eine sonstige Selbstverletzung der Person** zu Folge, so ist der Täter mit einer Freiheitsstrafe von bis zu neun Jahren zu bestrafen.“



ENTSCHLIESSUNGSANTRÄGE

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Tursem Cimagil, Christina Laubreiter und Anna Ranacher (Violett)
betreffend Schulworkshops

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in jedem Schuljahr beginnend ab der dritten Volksschulklasse ein Workshop über das Internet durchzuführen. Außerdem soll eine Organisation eingerichtet werden, die darauf spezialisiert ist, Opfern von Mobbing ein Therapieangebot bereit zu stellen.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Anna Sterz, Kolleginnen und Kollegen (Weiß)
betreffend Kontaktstellen

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in jeder Bezirkshauptmannschaft eine mit fachlich versierten MitarbeiterInnen ausgestattete Beratungsstelle für den Bereich Cyber-Mobbing einzurichten.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Laura Tschlatscher, Kolleginnen und Kollegen (Gelb)
betreffend Spezialausbildung für Polizistinnen und Polizisten im Bereich Cyber-Mobbing

Oftmals wird vonseiten der Exekutive das Problem Cyber-Mobbing nicht ernst genommen, und Opfer werden mit dem Hinweis, „einfach noch ein bisschen abzuwarten“ wieder weggeschickt. Daher soll es bei jeder Polizeistation zumindest eine/n Beamten/Beamtin geben, der/die eine Spezialausbildung für Cyber-Mobbing hat und so dementsprechend richtig mit Opfern umgehen und die richtigen Maßnahmen sofort setzen kann.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in jeder Polizeistation mindestens einen Beamten/eine Beamtin einer Spezialausbildung für Cyber-Mobbing zu unterziehen, damit dieser/diese sich richtig um Cyber-Mobbing-Opfer kümmern kann.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Jenny Egger, Kolleginnen und Kollegen (Gelb)
betreffend Cyber-Mobbing-Ausbildung im Volksschulalter

Da bereits Kinder im Volksschulalter Smartphones benützen, ist es zu spät, wenn erst in den höher bildenden Schulstufen über Cyber-Mobbing informiert wird. Diese derzeit schon üblichen Schulungen kommen oft zu spät.

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, schon im Volksschulalter Aufklärung über die Gefahren des Internets und Cyber-Mobbing im Rahmen des Unterrichts durch geschultes Fachpersonal anzubieten.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Anna Sterz, Kolleginnen und Kollegen (Weiß)
betreffend Workshops

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, mehr Workshops zu organisieren, damit Kinder und Jugendliche über die Gefahren im Internet Bescheid wissen. Diese Workshops sollten verpflichtend ab dem 4. Volksschuljahr im Regelunterricht abgehalten werden.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Patrick Beclin, Elisabeth Klaus und Douglas Orsini-Rosenberg (Türkis)
betreffend Prävention in der Schule und psychologische Betreuung für Opfer von Cyber-Mobbing

**Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

Das Jugendparlament wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sicher zu stellen, dass Schülerinnen und Schüler aller Schultypen altersgerecht über Datenschutz und die Gefahren des Cyber-Mobbings informiert werden. Dafür sind die entsprechenden Vorkehrungen vonseiten der Bundesregierung zu treffen.

Für Opfer von Cyber-Mobbing ist vonseiten des Bundes für eine angemessene psychologische Betreuung zu sorgen. Dafür sind an allen Schulstandorten ausreichend schulpсихologische Sprechstunden anzubieten.



DAS REPORTAGETEAM

Dieses tolle Team hat für euch recherchiert, gefilmt, interviewt und geschrieben!



Blagoj Stamenkov



Niklas Lapper



Andreas Wallner



Johanna Maggauer



Carmen Sabine Gfrerer



Julia Podesser



Dominik Ott



Lea Katarina Mader



Tony Bennewitz



Felix Pacher



Constantin Wachschütz

